Nummer 72 Februar 2015

BLICKPUNKT

DKP

Infopost der Deutschen Kommunistischen Partei Flensburg

8. Mai 1945

70 Jahre Befreiung vom deutschen Faschismus - der Kampf geht weiter!

Am 8. Mai 2015 jährt sich die bedingungslose Kapitulation der faschistischen Wehrmacht. Für die Führungsriege der NSDAP, für die Generäle der faschistischen Wehrmacht und die Industrie- und Bankkreise, die Hitler & Co. 1933 den Weg zur Machtübertragung ermöglicht haben, war der 8. Mai 1945 ein Tag der Niederlage. Millionen Menschen - Jüdinnen und Juden, Sinti & Roma, Mitglieder der KPD, der SPD, der Gewerkschaften und andere - sind der faschistischen Barbarei bis zu diesem Tag zum Opfer gefallen.

Mit weit über 20 Millionen Toten und einer in weiten Teilen zerstörten Infrastruktur im Land war es das sowjetische Volk, das unter den Mitgliedern der Anti-Hitler-Koalition die Hauptkriegslast trug - und es war die Rote Armee, die den entscheidenden Anteil zum militärischen Sieg über Nazi-Deutschland beitrug.

Für die durch den Faschismus unterdrückten Völker, für die Überlebenden in den Konzentrationslagern, aber auch für die deutsche Bevölkerung und insbesondere die deutsche Arbeiterbewegung war der 8. Mai 1945 ein Tag der Befreiung und der Hoffnung auf ein friedliches und demokratisches Deutschland.

Doch während die Entnazifizierung auf Grundlage des Potsdamer Abkommens in der Sowjetisch-Besetzten-Zone und späteren DDR mit der Entmachtung und Enteignung der Kriegsprofiteure aus Industrie- und Bankkapital konsequent angegangen wurde, gelang es den herrschenden Kreisen im Westen des Landes, unter dem Schutz des US-Imperialismus und seiner Verbündeten erneut, ihre Macht zu sichern. Und während im Osten Deutschlands Faschisten im Rahmen der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung aus Schulen, Justiz und anderen öffentlichen Einrichtungen gedrängt wurden, konnten sie in Westdeutschland im „Kampf gegen den Kommunismus“ Karriere machen als Richter, in der Politik oder beim Aufbau der Geheimdienste, der Bundeswehr und der Polizei.

Vor 70 Jahren galt für die überwiegende Mehrheit der Menschen in Deutschland: Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen. Noch heute wendet sich die Mehrheit der Bevölkerung gegen deutsche Kriegseinsätze. Deutsche Außenpolitik heißt heute aber: Krieg führen in Afrika, im Mittelmeer, im Nahen Osten sowie eine entscheidende Rolle zu spielen beim Aufbau einer NATO-Eingreiftruppe für Osteuropa, die sich eindeutig gegen Russland richtet.

Deutsche Außenpolitik heißt heute, Waffen und deutsche Soldaten in Kriegs- und Krisenregionen zu entsenden. Und deutsche Außenpolitik heißt heute nicht zuletzt, eine mit Faschisten durchsetzte Putschregierung in der Ukraine zu unterstützen, die im Osten des Landes einen rücksichtslosen Krieg gegen die eigene Bevölkerung führt. Deutsche Außenpolitik ist heute wie in den letzten beiden Weltkriegen nur einem verpflichtet: dem Interesse des deutschen Monopolkapitals. Dieses Interesse heißt: Für den Zugriff auf Rohstoffe, Absatzmärkte und billige Arbeitskräfte geostrategische Schlüsselpositionen im weltweiten Konkurrenzkampf einzunehmen.

Der Kurs der EU unter Führung des deutschen Imperialismus sowie der NATO unter Führung des US-Imperialismus, der sich derzeit gegen Russland richtet, hat dabei das Potenzial zu einem Krieg mit unabsehbaren Folgen zu werden. Entgegen der Medienhetze gilt aber: Russland ist heute ebensowenig Aggressor wie es die Sowjetunion vor 70 Jahren war.

Die Kriegspolitik der BRD geht einher mit einem fortschreitenden Demokratieabbau im Land. Es sind insbesondere die Unionsparteien und Rechtskräfte wie die „Alternative für Deutschland“ oder PEGIDA, die berechtigte soziale Existenzängste in der Bevölkerung vor Erwerbslosigkeit und sozialem Abstieg aufgreifen und in rassistische Bahnen gegen Flüchtlinge und insbesondere Menschen muslimischen Glaubens richten. Damit lenken sie von den Kräften im Land ab, deren Profite durch Hartz-IV, Niedriglohn und Massenerwerbslosigkeit in den letzten Jahrezehnten stetig gestiegen sind: Die Großaktionäre der deutschen Banken und Konzerne.

70 Jahre nach der Befreiung vom deutschen Faschismus muss der Kampf deswegen heute mehr denn je fortgesetzt werden - Schulter an Schulter gegen neue NATO-Kriege, gegen Faschismus in Europa, gegen Sozial- und Demokratieabbau. Dafür gilt es am 8. Mai 2015 in Deutschland ein Zeichen zu setzen.

Zehn Jahre Schande - Hartz IV-System muss weg!

Vor zehn Jahren wurde die Arbeitslosenversicherung reformiert. Am 1. Januar 2005 trat das "Gesetz über die Grundsicherung für Arbeitssuchende" in Kraft. Eine Reform, die Millionen von Menschen in die Armut getrieben hat.

Die Sozialversicherung ist, so lange es sie gibt, immer wieder verändert worden. Das ist eigentlich das einzige, was sich nicht verändert hat. Auch die rot-grüne Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder wollte etwas Neues schaffen. Alles fing zunächst ganz harmlos an: VW-Manager Peter Hartz scharte eine Menge Experten um sich, um die Arbeitslosenversicherung zu optimieren. Probleme gab es genug: es haperte mit der Vermittlung und Betreuung der Arbeitslosen und in der Arbeitsverwaltung wusste oftmals die linke Hand nicht, was rechte trieb. Außerdem waren die Sozialhilfe-Bezieher dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen: stigmatisiert und abgestempelt. Das alles sollte sich ändern: mehr und bessere Beratung und dafür im Gegenzug strenge Pflichten für die Bezieher von Leistungen oder, neudeutsch: Kunden.

Die Kunden lernten aber schnell das Fürchten: in den ersten Monaten kam es zu schlimmen Umstellungsproblemen. Die wollten einfach kein Ende nehmen und viele Familien warteten monatelang auf das Geld. Die Bürokratie zeigte sich überfordert; mit der Folge, dass die Zahl der Klagen vor den Sozialgerichten explodierten. Doch die Folgen für das Land waren verheerend: Hartz IV hat unserer Gesellschaft schweren Schaden zugefügt. Die Kunden werden drangsaliert und schikaniert, überwacht und

bei angeblichem Fehlverhalten werden deren Leistungen unter das Existenzminimum gedrückt. Fort- und Weiterbildung? Fehlanzeige. Den Pflichten der Arbeitslosen stehen kaum Rechte gegenüber. Das System hält sogar diejenigen in Schach, die noch einen Job haben; also gar nichts mit dem Gesetz zu tun haben. Sie nehmen seit zehn Jahren schlechte Bezahlung und unzumutbare Arbeitsbedingungen in Kauf, damit sie bloß nicht in die Hartz IV-Maschinerie geraten.

Aber es geht noch perverser: arbeiten UND Hartz IV beziehen. Das ganze System subventioniert nämlich unsoziale Löhne. Taxifahren für 2,50 Euro die Stunde? Kein Problem: dann wird der so genannte Lohn eben aufgestockt. Der Steuerzahler subventioniert also Lohndrückerei; und zwar doppelt. Denn der Taxifahrer ist trotz Vollzeitjob auf Grundsicherung angewiesen, wenn er aus Altersgründen nicht mehr arbeiten kann; bezahlt vom Steuerzahler.

Hartz IV demütigt Menschen. Die Zeitung mit den großen Buchstaben überschlug sich in der ersten Zeit mit Berichten über angebliche Sozialschmarotzer. Inzwischen ist sogar den Hamburger Blattmachern aufgegangen, was das neue Gesetz anrichtet. Ein menschenwürdiges Leben ist unter Hartz IV nicht mehr denkbar. Stattdessen wachsen die Tafeln, die übrig gebliebene Lebensmittel einsammeln und verteilen. Almosen statt Rechte. So sieht es aus.

„Das passt gut zu einem autoritären Kapitalismus, aber nicht zu einem Staat, der sich Sozialstaat nennt“, schreibt sogar die Süddeutsche Zeitung. Darum: weg mit Hartz IV.

Extreme Zunahme sozialer Ungleichheit

Weltweit hat die soziale Ungleichheit extrem zugenommen: 70 Prozent der Weltbevölkerung leben in Ländern, in denen die Lücke zwischen Arm und Reich in den letzten 30 Jahren gewachsen ist. In vielen Staaten eignet sich eine wohlhabende Minderheit einen immer größeren Anteil am Nationaleinkommen an. Mittlerweile besitzen die weltweit 80 reichsten Personen genauso viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung – das sind rund 3,5 Milliarden Menschen! Und die Schere klafft immer weiter auseinander.

Auch das Geldvermögen der deutschen wächst ständig. Erstmals haben die Menschen hier ein Vermögen von zusammen 5 Billionen Euro. Von Juli bis September 2014 ist nach Angabe der Deutschen Bundesbank das Geldvermögen um 0,6 Prozent auf 5,011 Billionen Euro gewachsen. Die Statistik der Bundesbank sagt aber nichts darüber aus, wie das Geld verteilt ist.

Die britische Organisation Oxfam errechnete, dass die fünf reichsten Deutschen über mehr Vermögen verfügen, als 40 Prozent der Bevölkerung.

Im Jahr 2014 besaß ein Prozent der Weltbevölkerung 48 Prozent des Vermögens. 2015 werden 1 Prozent der Menschen weltweit so viel Vermögen angehäuft haben wie die restlichen 99 Prozent der Weltbevölkerung zusammen.

Der weltweite Wohlstand konzentriert sich zunehmend auf eine kleine Elite. Dazu gehören Bill Gates mit mehr als 80 Milliarden US-Dollar, Warren Buffett und Carlos Slim mit jeweils gut 73 Milliarden US-Dollar.

Einer von 9 Menschen weltweit leiden Hunger, 1 Milliarde Menschen haben weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag zum Leben und 70 Prozent der Menschen lebt laut Oxfam in Ländern, in denen die Ungleichheit des Vermögens größer ist, als vor 30 Jahren.

Oxfam empfiehlt dringend eine höhere Besteuerung der Vermögen und der Konzerne, kostenlose öffentliche Dienstleistungen wie Bildung und Gesundheit weltweit, sowie weltweite Mindesteinkommen und gleiche Bezahlung für Männer und Frauen.

Soziale Ungleichheit war noch nie so groß wie heute, stellt Oxfam fest. Das schadet uns allen, die Ärmsten sind jedoch am stärksten davon betroffen. Gemeinsam müssen wir es schaffen, den Trend der sich verstärkenden sozialen Ungleichheit umzukehren! Nur so kann Armut bekämpft werden.

Zivile Nebenwirkungen des Cyberkrieges

Die Aufrüstung der Bundeswehr mit Cyberkrieg, Drohnen und Elektronischer Kampfführung eröffnet eine neue Runde des Wettrüstens. Hier wird aber nicht nur die Waffentechnik weiterentwickelt, vielmehr handelt es sich um einen Angriff auf unsere zivile Infrastruktur. Dadurch wird unser alltägliches Leben schon heute beeinträchtigt.

Genauso wenig, wie man aus der chemischen Zusammensetzung eines Blattes Papier schließen könnte, ob auf diesem ein militärischer Mordbefehl geschrieben steht oder ein Liebesgedicht, kann man aus der Frequenz einer elektromagnetischen Welle auf militärische oder zivile Inhalte schließen. Nachdem die Taliban in Afghanistan wiederholt mit Sprengfallen erfolgreich waren, die mittels Anwahl einer Mobiltelefonnummer gezündet wurden, war die Gegenmaßnahme der Elektronischen Kampfführung der Einsatz sogenannter „Jammer“ die die elektromagnetischen Wellen stören, die zur Zündung der Sprengfalle führt. Die Nebenwirkung, dass beim „Jammer“-Einsatz niemand mehr mit seinem Mobiltelefon Gespräche führen kann, wäre vielleicht in Kauf zu nehmen, jedoch wurden auch die elektromagnetischen Wellen gestört, die zur Steuerung von Herzschrittmachern, in medizinischen Geräten auf Intensivstationen, bei der Steuerung von Staudämmen und Atomkraftwerken und jeglicher ziviler Infrastruktur benötigt werden.

Ein Computervirus, der mit dem militärischen Ziel in Umlauf gebracht wird, die militärische Infrastruktur des Gegners zu sabotieren, kann durch nichts daran gehindert werden, auch die Computer der zivilen Anwender zu befallen. Amerikanische Geheimdienste hatten mit israelischer, britischer und deutscher Beteiligung und einem Aufwand von mehreren Millionen Dollar einen Computerwurm „Stuxnet“ entwickelt, der den Iran militärisch schwächen sollte. Ziel war das Atomprogramm des Iran. Die Geschwindigkeit der Zentrifugen der Urananreicherungsanlage in Natanz wurde so manipuliert, dass sie beschädigt wurden. Diese eine Atomanlage war zwar eine zivile, der Angriff wurde aber noch mit der Gefahr der militärischen Nutzung begründet. Aber der Computerwurm hatte neben diesem einen „militärischen“ Ziel vor allem in Asien auch etwa sechs Millionen zivile Computer befallen und etwa tausend Industrieanlagen, unter anderem auch Infrastrukturen wie Energie- und Wasserversorgung. Computerabstürze sind ein alltägliches Ärgernis für alle Menschen, die auf Computer angewiesen sind und damit arbeiten. Viele dieser Abstürze haben ihre Ursache in Schadsoftware, die für militärische Zwecke entwickelt worden ist. „Stuxnet“ war nur ein Beispiel dafür.

Geheime Kriege

Aufrüstung der
Bundeswehr mit
Cyberkrieg,
Drohnen und
Elektronischer
Kampfführung

Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner*Innen

http://www.bundeswehrabschaffen.de

Der Angriff wurde deswegen öffentlich, weil der Konzern Siemens von diesem Angriff betroffen war. Siemens hatte Komponenten für das iranische Atomprogramm geliefert, „Stuxnet“ war deshalb auf Siemens-Programme abgestimmt. Die von „Stuxnet angegriffenen zivilen Infrastrukturen wie Energie- und Wasserversorgung liefen mit Siemens-Programmen, folglich hatte Siemens den Angriff als Sabotage an ihrem Konzern aufgefaßt und teure, hochqualifizierte Informatiker beschäftigt, um die Ursache zu finden. Die taten sehr überrascht, als sie „Stuxnet“ entlarvten und herausfanden, wer der Auftraggeber war. Die meisten Cyberangriffe werden nicht entlarvt, wenn kein Konzern betroffen ist, der die materiellen Ressourcen hätte, einen solchen Angriff aufzuklären.

Das globale Positionssystem GPS unterliegt ebenso wie das Internet dem Zugriff des US-amerikanischen Militärs und wird von uns nur zivil mitgenutzt

Als das amerikanische Militär zu Übungszwecken das GPS-System um einige 100 m gegenüber den geophysischen Koordinaten verschoben hat, liefen kurz nacheinander alle beide zivilen Fähren im Oslofjord auf Grund, so dass der Urlaubsverkehr nach Skandinavien über das Skagerrak völlig zum Erliegen kam. Sicherlich kann man den Schiffsoffizieren der beiden Fähren vorwerfen, dass sie sich ausschließlich auf ihren GPS-Rechner verließen, ohne die Schiffsposition wenigstens durch eine einfache Kompasspeilung zu überprüfen. Der Fall zeigt jedoch, wie sehr sich unsere Zivilisation von einer elektronischen und digitalen Infrastruktur abhängig gemacht hatte, die vom Militär im direkten Zugriff manipuliert werden kann.

Im kalten Krieg wurde von beiden Militärblöcken ein großer Aufwand betrieben, die Position der gegnerischen militärischen Anlagen auszuspionieren. Heute reicht dafür ein Mausklick in die Satellitenbilder von Google Earth. Auch der EloKa-Standort Bramstedtlund ist erstaunlich detailgetreu abgebildet, in der besten Auflösung sind die einzelnen Antennen zu sehen. Ein Blogger wurde im Internet bekannt, weil er mit Google Earth Stellungen der ISIS Truppen identifizierte, die vom NATO-Militär bislang wohl übersehen wurden. Katharina Ziolkowski, als Rechtsreferentin im Verteidigungsministerium zuständig für Cyber-Völkerrecht, sagte im NDR: „Wenn der Krieg darum gehen würde, möglichst viele Informationen zu sammeln, um dadurch einen Informationsvorsprung zu haben, (...) dann wäre der größte Kriegsteilnehmer dieser Welt eine private Firma namens Google.“ Dieser US-Konzern, verfügt über so viele – auch sicherheitsrelevante – Informationen wie keine andere Organisation und auch kein Staat. Da selbst in der Bundeswehr viel „gegoogelt“ werde, verfüge das amerikanische Unternehmen über zahlreiche Informationen auch über deutsche Militärs, denn die Suchanfragen der Nutzer werden von Google ausgewertet. Sage mir, wonach Du suchst, und ich weiß, wer Du bist und womit Du dich gerade beschäftigst. So erstellt Google Persönlichkeitsprofile seiner Nutzer. Der US-amerikanische Konzern muss nach US-amerikanischer Ge-

setzgebung seine sicherheitsrelevanten Informationen den Sicherheitsbehörden, auch dem Militär der USA zur Verfügung stellen, da gibt es keinen Datenschutz. Und da die wichtigsten Server des Internets in der Hand US-amerikanischer Konzerne sind, wären diese auch in der Lage, das Internet abzuschalten. Im Cyberkrieg würden sie das auch tun müssen, um etwa die über das Internet abrufbaren Positionen ihres Militärs wieder zu verbergen. Das Abschalten des Internets hätte massive zivile und wirtschaftliche Auswirkungen: Die großen Konzerne haben Intranets, die über dieselben Internetverbindungen laufen und könnten nicht mehr arbeiten. Behörden und Verwaltungen würden zusammenbrechen.

Unter dem Titel "Geheime Kriege - Aufrüstung der Bundeswehr mit Cyberkrieg, Drohnen und Elektronischer Kampfführung" ist eine Broschüre erschienen, die bei der DFG-VK, Postfach 0112, 24925 Flensburg bestellt werden kann.

„No pasarán!“

Rund 3000 Menschen waren dem Aufruf des Bündnis für ein buntes Flensburg, zu dem Gewerkschaften, Parteien und Religionsgemeinschaften gehören, gefolgt. Mit Fahnen, Bannern und bunten Lichtern demonstrierten sie am 19. Januar 2015 in einem Demonstrationszug vom Nordertor bis zum Südermarkt für eine offene und tolerante Gesellschaft für alle Menschen und gegen Fremdenhaß, Rassismus und Pegida. Flensburg hat ein Zeichen gesetzt. Dabei können wir es aber nicht belassen.

Von einer offenen und toleranten Gesellschaft, wie es das Bündnis - an dem auch die DKP beteiligt ist - auf seine Fahne geschrieben hat, sind wir auch ohne Pegida weit entfernt. Menschen die vor den Nato-Kriegen und den Folgen der EU-Politik nach Europa flüchten, werden bereits im Mittelmeer abgefangen und häufig ertränkt. Nur wenigen gelingt es auf der Flucht bis nach Deutschland zu kommen. Hier sind sie aber nicht erwünscht - im Gegenteil. Oft werden sie abgewiesen. Ein Grundrecht auf Asyl gibt es nicht, auch kein Bleiberecht. Das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum ist nicht gewährleistet.

Um diese Verhältnisse menschlicher zu verändern bedarf es mehr als nur eine Demo. Dafür brauchen wir einen langen Atem.

Antifaschistischer Widerstand - gestern und heute
Die Gingolds

Im Schicksal von Etti und Peter Gingold konzentriert sich deutsche und europäische Geschichte wie in einem Brennglas. Von den Nazis aus rassistischen und politischen Gründen verfolgt, lernten sie sich im Exil in Paris kennen. Beide hatten sich der deutschen antifaschistischen Jugendbewegung in Frankreich angeschlossen. Nach der Besetzung Frankreichs kämpften sie innerhalb einer besonderen Abteilung aus deutschsprachigen Antifaschisten in den Reihen der Résistance gegen Faschismus und Krieg. Die Teilnahme am siegreichen Aufstand zur Befreiung von Paris hatte ihr Leben entscheidend geprägt.

Nach dem Krieg gehörten die Gingolds zu der kleinen Zahl Juden, die nach Deutschland zurückkehrten, um mitzuhelfen, ein neues Deutschland aufzubauen. Sie setzten sich für die vollständige Entmachtung von Faschismus und Militarismus, für demokratische Grundrechte, gegen die Wiederaufrüstung und die Stationierung von Atomwaffen in der Bundesrepublik ein. Als Kommunisten waren sie besonders nach dem KPD-Verbot von 1956 zahlreichen politischen Repressionen ausgesetzt. Jahrelang wurde ihnen die deutsche Staatsbürgerschaft verweigert und Tochter Silvia bekam Berufsverbot. Ihr Handeln war Beweis dafür, dass Antikommunismus in Deutschland kein Mythos ist, sondern ein wesentlicher Bestandteil der politischen Auseinandersetzung und der Kultur. Die Kinder und Enkelkinder setzten die antifaschistische Arbeit fort.

Film, Lesung und Gespräch mit Silvia Gingold und Alice Czyborra
Mittwoch, 11. Februar 2015 in der Campelle auf dem Hochschulcampus

Eine Veranstaltung im Begleitprogramm der Ausstellung „Was konnten sie tun? - Widerstand gegen den Nationalsozialismus 1939-1945" im Audimax auf dem Campus in Flensburg.

Ostermarsch 2015

Mit dem EloKa-Standort Bramstedtlund/Stadum und dem Drohnenstandort Jagel ist die Cyberkriegführung in dieser Region konzentriert.

Der Ostermarsch 2015 wird am Karfreitag, den 3. April 2015 zum Standort des Cyberkrieges und der Elektronischen Kampfführung nach Bramstedtlund gehen.

Treffpunkt ist 12.00 Uhr an der KZ-Gedenkstätte Ladelund, von dort gehen wir los. Wir werden von Ladelund nach Bramstedtlund am ehemaligen KZ-Gelände und den von dem KZ-Sklaven ausgehobenen Panzergraben vorbei gehen und vor dem Bundeswehrstandort eine Kundgebung halten. Anschließend laden wir zur Kaffeetafel in die Gedenkstätte ein mit Vortrag und Diskussion über Cyberkrieg und die elektronische Kampfführung der Bundeswehr.

TERMINE

Mitgliederversammlung

- Donnerstag, 12. Febr., 18 Uhr
- Donnerstag, 12. März, 18 Uhr
- Donnerstag, 9. April, 18 Uhr

im TABLEAU Kulturcafé,
Kurze Straße 1, Flensburg

BLICKPUNKT
DKP
Infopost der Deutschen Kommunistischen Partei Flensburg

Herausgeber: DKP Flensburg
Postfach 1401, 24904 Flensburg
Mail: dkp.flensburg@versanet.de

Erscheinungsweise: vierteljährlich
Redaktion: Ludwig Hecker (ViSdP)
Druck: Eigendruck

BLICKPUNKT liegt regelmäßig aus:
beim AStA der UNIVERSITÄT
OSSIETZKY-BUCHHANDLUNG
VOLKSBAD I HAFERMARKT
KONTRASTE I KAFFEEHAUS
VIVA I GRISOU I CAFÉ CENTRAL
PORTICUS I FEUERSTEIN
TABLEAU-KULTURCAFÉ

Spenden können überwiesen werden
Konto: Santander Bank Kiel
IBAN: DE02500333001050379700
BIC: SCFBDE33XXX
Verwendungszweck: Blickpunkt